

Bad Homburger Neueste Nachrichten

Bezugspreis: 1,50 Rmk. monatlich ausschließlich Trägerlohn. Erscheint werktäglich. — Bei Ausfall der Lieferung ohne Verschulden des Verlags oder infolge von höherer Gewalt, Streik etc. kein Anspruch auf Entschädigung. Für unverlangt eingelebte Zuschriften übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr. — Einzelnummern: 15 Pf.

2707 - Fernsprech-Anschluß - 2707

Kreisanzeiger für den Obertaunuskreis

Bad Homburger Tageszeitung und Anzeiger

Bad Homburger Lokal- und Fremdenblatt * Taunuspost

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Bad Homburg, Dorotheenstraße 24

Anzeigenpreis: Die einseitige 30 mm breite Nonpareilzeile kostet 20 Pf. Lokale Gelegenheitsanzeigen nach besonderem Tarif. — Die 88 mm breite Nonpareilzeile - Kleinanzeige kostet 1.-, zwischen Text 1,50 Rmk. — Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen nach Möglichkeit aber ohne Gewähr. — Offertgebühr 50 Pf.

Postfachkonto 398 64 Frankfurt-M.

Nummer 18

Freitag, den 22. Januar 1932

7. Jahrgang

Reichstagsausschüsse an der Arbeit Pensionskürzungsgezet — Ein Antrag zur Fürstenabfindung

Berlin, 22. Januar.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags begann am Donnerstag die zweite Lesung des Pensionskürzungsgezetes, zu der die einzelnen Parteien eine große Reihe von Anträgen eingebracht haben. Zunächst fand eine grundsätzliche Erörterung über die ganze Frage statt, in der es verschiedentlich als durchaus zweifelhaft bezeichnet wurde, ob sich eine Zweidrittelmehrheit für die Neuordnung der Pensionsfrage finden werde, um für die Rechtsprechung eine gesetzliche Grundlage schaffen zu können.

Die vom Ausschuß zu den Pensionskürzungsbestimmungen neu gefassten Beschlüsse verfolgen im allgemeinen das Ziel, das Pensionskürzungsgezet den bisher erlassenen Vorschriften der Notverordnung anzupassen. Der Ausschuß wird die Beratung des Gezetes in zweiter Lesung am Freitag zu Ende führen.

Aus dem Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstags begann am Donnerstag die Beratung eines sozialdemokratischen Antrages, der Ermächtigungen an die Länderregierungen fordert, alle Leistungen an ehemalige Fürsten und Mitglieder der Standesherrlichen Familien sofort einzustellen und die Auseinandersetzungsverträge unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notlage neu zu regeln. Der Vertreter der Reichsregierung hat um Vertagung, weil die Regierung noch nicht die nötigen Unterlagen von Seiten der Länder habe. Ein Vertagungsantrag der Deutschen Volkspartei wurde mit 14 gegen acht Stimmen der Antragsteller, der Deutschnationalen, des Landvolks, der Wirtschaftspartei und der Christlich-Sozialen abgelehnt. Die Bayerische Volkspartei hielt es für zweckmäßig, zunächst einmal die Möglichkeit zu schaffen, daß die Regierung die Begründung des Antrages kennen lerne, die unter Umständen für ihre Stellungnahme von Bedeutung sein könne.

Die Antragsteller erklärten zur Begründung ihres Antrages, daß das Vertragsrecht schon durch die Notverordnungen in großem Umfang eingeschränkt worden sei und daß man, wenn man diesen Grundlag überhaup nicht verfolge, ihn auch auf die Partner der Abfindungsverträge anwenden müsse. Von deutschnationaler Seite wurde erklärt, der rein agitatörise Charakter ergebe sich daraus, daß bei der Begründung nicht eine Tatsache angeführt worden sei. Der Redner der Bayerischen Volkspartei bezeichnete die Art, in der die Antragsteller ihren Antrag begründet hätten, als so dürftig, daß man den Antrag gleich ablehnen könne. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Reichstagsbeschluß gegen Spielbanken geplant?

Berlin, 22. Januar.

Wie man weiß, bemüht sich eine Reihe von deutschen Bädern um die Erlaubnis, Glücksspiele veranstalten zu dürfen, um den Besuch zu heben. Man rechnet dabei insbesondere auf stärkeren Zulauf von Ausländern.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet hierzu, daß im Reichstag interfraktionelle Bestrebungen im Gange sind, auch einen Beschluß, zunächst des Haushaltsausschusses, die Errichtung von Spielhöhlen in Deutschland unmöglich zu machen.

Unbefristetes Moratorium?

Neurath bei Simon. — Ein Kompromißvorschlag.

London, 22. Januar.

Botschafter von Neurath stattete am Donnerstag dem Außenminister Simon einen Besuch ab und legte ihm nochmals den deutschen Standpunkt zur Tributfrage und zur Frage der Lausanner Konferenz dar.

Da die Franzosen noch auf Garantien für die Erhaltung ihrer Young-Plan-Rechte bestehen, ehe sie sich zur Teilnahme an einer Konferenz bequemen wollen, sucht die englische Diplomatie eine neue Kompromißlösung. Soviel scheint schon festzustellen, daß zunächst einmal ein zeitlich unbefristetes Moratorium vorgeschlagen werden soll.

Ueber die weiteren damit in Zusammenhang stehenden Fragen ist noch keine Klarheit geschaffen. Die Bemühungen der englischen Diplomatie richten sich noch immer auf das Ziel, die Lausanner Konferenz zustande zu bringen.

Macdonald lehnt Labals Einladung ab.

London, 22. Januar.

Ministerpräsident Macdonald, der von dem französischen Ministerpräsidenten Laval für das Wochenende zu Besprechungen nach Paris gebeten worden war, hat diese Einladung abgelehnt. Durch den Botschafter in Paris hat er der französischen Regierung sein Bedauern zum Ausdruck bringen lassen, daß er unter dem Druck der parlamentarischen Arbeiten nicht von London abkömmlich sei.



Stimson geht statt Dawes nach Genf.

Der verfahrenere Tributkarren.

Wann beginnt die Konferenz? — Der deutsche Standpunkt zur Moratoriumsverlängerung.

Berlin, 22. Januar.

Nach den in Berlin vorliegenden Meldungen zur Tributfrage ist durch die französischen Sabotierungsversuche gegen jede vernünftige Regelung der Karren jetzt gründlich verfahren. Daß die Lausanner Reparationskonferenz am nächsten Montag beginnt, ist ausgeschlossen. Aus Paris verlautet, daß der Beginn der Tributkonferenz vom 25. auf den 28. Januar verschoben werden solle. Grundsätzliche Beschlüsse seien jedoch weder in London noch in Paris gefaßt, da man den Ausgang der Abstimmung in der französischen Kammer abwarten wolle. Tatsächlich bleibt die Frage also noch vollkommen in der Schwebe.

Die Reichsregierung hat bekanntlich die englische Anregung, einer einjährigen Verlängerung des Hoover-Moratoriums bis Ende Juli 1933 zuzustimmen, in ablehnendem Sinne beantwortet. Die deutsche Regierung konnte sich mit dem englischen Vorschlag deshalb nicht einverstanden erklären, weil eine deutsche Zustimmung zur Verlängerung des Hoover-Moratoriums nichts anderes bedeutet hätte, als die Abgabe eines neuen Zahlungsversprechens. Angesichts der verheerenden Finanzlage sei Deutschland aber nicht in der Lage, die auf Grund des Londoner Abkommens vorgesehenen Zahlungen am 1. Juli 1933 aufzunehmen.

Das letzte gerade noch!

Paris, 22. Januar.

Französischerseits versucht man auch nur den Schein einer Verantwortlichkeit für die Verschlebung der Tributkonferenz von sich zu wälzen, um nicht im Verdacht zu stehen, die Konferenz zu sabotieren. Im Vordergrund des Interesses steht die Notwendigkeit einer französisch-englischen Verständigung. An England sei es nunmehr, so betont Pertinax im „Echo de Paris“, sich zu entschließen. Wenn es sich Frankreich anschließe, um das internationale Recht zu schützen, so werde es in Europa niemals Gewalt geben. Der „Petit Parisien“ hält am 25. Januar eine Sachverständigenzusammenkunft für möglich, deren Aufgabe es sein würde, die Vertagung der Konferenz zu beschließen.

Das „Journal“ bezeichnet alle Arbeit der letzten sechs Monate als unnütz. Die französische Regierung sehe sich deshalb jetzt vor der Notwendigkeit, die Maßnahmen zu ergreifen, die Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zwingen. Diese Maßnahmen müßten allerdings die augenblickliche Krise berücksichtigen, ohne jedoch die notwendigen Sicherungen zu vergessen, die zur Durchführung des Young-planes oder eines anderen geeigneteren Systems notwendig seien.

Englische Stimmen.

London, 22. Januar.

In einer Rede im Londoner Handelsklub verlangte der Führer der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei, Lansbury, die völlige Streichung aller Tributzahlungen und Kriegsschulden. Die Welt würde sich niemals wieder erholen können, bevor diese Streichung nicht reiflos durchgeführt sei. Wiedergutmachungen und Tributzahlungen seien „ein verbrecherisch-dummes Geschäft“. — Der englische Finanzfachverständige Layton erklärte in einer Rede, solange Deutschland seine Tributzahlungen aus geborgten Guthaben bezahlt habe, sei alles gut gegangen. Aber in dem Augenblick, wo es seine Mittel in ausländische Währung umwandeln mußte, hätten die Schwierigkeiten begonnen. Niemand werde Deutschland Geld borgen, lediglich, damit es Tribute bezahlen könne. Es habe so gut wie gar kein Geld und müsse notgedrungen seine Ausfuhr verstärken. Aus diesem Grunde forderte er:

1) Streichung der Kriegsschulden, was besser als das Risiko neuer Störungen sei, 2) eine endgültige Regelung, die sobald wie möglich erzielt werden müsse, 3) Fortsetzung gewisser Zahlungen für bestimmte Sonderverpflichtungen, wodurch der Weg zu einer allgemeinen Einigung geebnet werde. Diese Summen müßten so gering sein, daß sie die Zahlungsbilanz und den normalen Verlauf des Handels nicht störten.

Bulgarien zahlungsunfähig.

Genf, 22. Januar.

Bulgariens Ministerpräsident Muschakoff und Finanzminister Stefanoff trafen in Genf ein. Der Ministerpräsident erläuterte dem Finanzausschuß des Völkerbundes einen ausführlichen Bericht über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die bulgarische Wirtschaft und wies darauf hin, daß Bulgarien in Zukunft die durch Tributzahlungen und den Zinsen dienst auswärtiger Anleihen entstandenen Devisenabgänge nicht mehr tragen könne.

Der chinesisch-japanische Konflikt.

Vertere japanische Kriegsschiffe nach Schanghai.

Schanghai, 22. Januar.

In Schanghai brachen Unruhen aus, die zu Straßenkämpfen zwischen Chinesen und in Schanghai ansässigen Japanern führten. Es gab viele Schwerverwundete.

Wie aus Tokio gemeldet wird, teilt das japanische Marineministerium mit, daß die Admiralität wegen der letzten Unruhen in Schanghai einen Kreuzer, drei Zerstörer und mehrere Wasserflugzeuge nach Schanghai zum Schutze der japanischen Interessen entsandt hat.

Der chinesische Ministerpräsident Sunfo hat den früheren Diktator Tschiangkaischek eingeladen, mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten. Nanjing bereitet einen großen Empfang für Tschiangkaischek vor. In japanischen Kreisen besteht die Meinung, daß er die Absicht habe, die Diktatur wieder zu übernehmen.

Fliegerbomben auf die Mandschurei.

Moskau, 22. Januar.

Nach einer Meldung aus Chabin haben japanische Bombenflugzeuge zum dritten Male die Stadt Tschingui bombardiert. Sie warfen 34 Bomben ab, wodurch zwanzig Personen getötet wurden. In der Stadt entzündeten mehrere Brände, die aber bald gelöscht werden konnten.

Nach britischen Meldungen hat die chinesische Regierung Haftbefehl gegen den ehemaligen chinesischen Kaiser Puji, den Generalgouverneur von Chabin, Tschangschinghui und andere japanfreundliche Persönlichkeiten erlassen.

Lügen über Deutschland.

Es ist gleich Wahnsinn, hat es doch Methode...

Paris, 22. Januar.

General Bourgeois und Senator Eccard, die schon mehrfach wegen ihrer Zweifelhaftheiten über die angeblichen deutschen Geheimrüstungen von sich reden machten, gaben im Ausschuss der Kammer einen ausführlichen Bericht über den deutschen Rüstungsstand. Die nach Schluß der Sitzung ausgegebene Mitteilung strotzt von so unglaublichen Unsinnsigkeiten, daß sie schon deshalb wiederzugeben zu werden verdient.

Danach ließen die Ausführungen Bourgeois darauf hinaus, daß Deutschland im Widerspruch zum Versailler Vertrag ein mächtiges Heer organisiere und dank der großen Zahl von Unteroffizieren, die die Reichswehr sofort nach ihrer Ausbildung verließen, um den Platz für neue Rekruten freizumachen und dank der zahlreichen Offiziere, die in der Reichswehr und im besondern durch den Versailler Vertrag verbotenen Schulen ausgebildet würden, imstande sei im Kriegsfall eine erste Stoßarmee von bedeutender Stärke aufzustellen, deren militärischer Geist durch häufige Zusammenkünfte neuer Einheiten mit Angehörigen ehemaliger Truppenformationen gewahrt werde. Parallel dazu werde die Organisation der Großindustrie fortgesetzt, die durch ihre Rationalisierung in sehr kurzen Zeiträumen in der Lage sei, die deutsche Armee mit allen notwendigen Kriegsmitteln zu versorgen. Bourgeois erklärte abschließend, die kriegsrischen Vorbereitungen in Deutschland seien von einer Revanchepropaganda begleitet. Die Kinder in der Schule würden in diesem Geist erzogen und eine Reihe von Schulbüchern sei ausdrücklich in diesem Sinne verfaßt.

Senator Eccard gab einen Überblick über den deutschen Haushalt und erklärte, daß die Heeresausgaben verhältnismäßig in anderen Haushaltskapiteln untergebracht seien. Der deutsche Haushalt werde zu 50 v. H. für rein militärische Zwecke verwendet. Der Pensionshaushalt diene zum größten Teil dazu, die Reserveoffiziere zu bezahlen, die zum militärischen Arbeiten herangezogen würden. Außerdem werde aktive Propaganda zu dem Zwecke betrieben, um die Meinung zu verbreiten, daß Deutschland abgerüstet habe, während Frankreich aufrüste.

Berliner Echo.

Berlin, 22. Januar.

Die lächerlichen Ausführungen des französischen Generals Bourgeois und des Senators Eccard haben in Berlin das Echo gefunden, das sie verdienen. Die beiden Reden brachten, wie in politischen Kreisen erklärt wird, weder etwas Neues, noch etwas Wahres. Es handelte sich nur um eine Wiederholung bekannter französischer Lügen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß das deutsche Heer in jeder Beziehung den Bestimmungen des Versailler Vertrages entspreche.

Gegen französische Verleumdungen.

Erklärung des Reichswehrministeriums.

Berlin, 22. Januar.

In dem planmäßigen Verleumdungsfeldzug, den die französische Presse und andere Stellen in letzter Zeit über angebliche deutsche Geheimrüstungen veranstaltet haben, stellen die Behauptungen des Generals Bourgeois und des Senators Eccard einen Gipfelpunkt dar. Nach diesen Behauptungen soll Deutschland ein mächtiges Heer organisieren, indem eine große Anzahl von Unteroffizieren aus der Reichswehr ausscheide, um Platz für Rekruten frei zu machen, und indem zahlreiche Offiziere in verbotenen Schulen ausgebildet würden.

Hierzu erklärt das Reichswehrministerium u. a.: Diese Behauptungen sind erlogen. Die Zahl der Entlassungen und Neueinstellungen ist im Wehrgesetz nach den Vorschriften des Diktates von Versailles genau festgelegt und wird ebenso genau eingehalten.

Im deutschen Reichsheer dienen nur 3800 Truppenoffiziere, während die Zahl der französischen aktiven Offiziere höher als 30 000 ist. Wenn General Bourgeois u. a. von einer deutschen „Stoßarmee“ gesprochen hat, so verwechselt er diese ansehnend mit der etwa 50 Divisionen starken französischen „Armee de couverture“, die eine vorläufige Kriegsstärke von über 1,5 Millionen Mann hat, während die Stärke des deutschen Reichsheeres in Frieden und Krieg nur 100 000 Mann beträgt.

Wenn General Bourgeois von der Möglichkeit einer schnellen Umstellung der deutschen Industrie auf Kriegsfertigkeit spricht, so ist darauf zu erwidern, daß eine Umstellung nicht so schnell erfolgen kann, wie die mächtigen französischen Bombengeschwader das jeden Luftschuß entbehrende deutsche Gebiet überfliegen können. Für die von General Bourgeois bemängelte Erziehung der Kinder im Sinne einer Revanchepropaganda ist er jeden Beweis schuldig geblieben.

Deutschland wäre zufrieden, wenn die französischen Schulbücher die Kriegsschuldfrage und die Darstellung des Weltkrieges im gleichen Geiste der Wahrhaftigkeit behandeln würden wie die deutschen.

Die Behauptungen des Senators Eccard über die deutschen Militärausgaben strafen sich durch ihre Unmöglichkeit selbst Lügen.

Innere und äußere Schuld

An die Adressen Frankreichs und Englands.

Berlin, 22. Januar.

Der Berichterstatter Ministerialrat Brecht erklärte im Reichsrat: Nach dem berichtigten Haushalt betragen die gesamten ordentlichen und außerordentlichen Nettoausgaben des Reiches für 1931 nunmehr 8945 Millionen Mark (gegen 1930 2717 Millionen weniger). Die Einschränkungen sind trotz der gewachsenen Wohlfahrtslasten noch sehr hoch.

Gegenüber dem Höchststand der Ausgaben im Jahre 1928 beträgt der Rückgang mehr als drei Milliarden Mark. Die Ausgaben sind noch unter das Jahr 1926 zurückgegangen.

Unter den einzelnen Posten hat es neuerdings internationale Aufmerksamkeit erregt, daß Deutschlands normaler innerer Schuldendienst nur 500 Millionen Mark beträgt, gegen etwa drei Milliarden Mark in

Frankreich (nach dem alten Kurs), sechs Milliarden Mark in England. Man hat es als Vorteil für Deutschland dargestellt, daß dessen gesamte innere Staatsschuld jetzt nur zehn Milliarden Mark gegen 46 Milliarden Mark in Frankreich und 130 Milliarden in England beträgt. Aber man hat vergessen hinzuzufügen, daß Deutschlands innere Schuld infolge der eigenen Kriegskosten ursprünglich mehr als 130 Milliarden Goldmark betrug und daß Deutschland gezwungen war, diese Schuld bis auf zehn Milliarden zu streichen, weil wir im Gegensatz zu England und Frankreich nicht in der Lage waren, aus Steuern jährlich sechs Milliarden unserer inneren Gläubigern zur Verfügung zu stellen.

Deutschland hat in den letzten zehn Jahren an Reparationen ans Ausland allein an barem Gelde sechs bis achtmal so viel bezahlt wie an seine inneren Kriegsgläubiger, und viermal so viel wie für den gesamten staatlichen normalen Schuldendienst im Innern einschließlich der Nachkriegskosten.

Der Berichterstatter hob schließlich hervor: Die Gesamtlast Deutschlands ist darnach noch erheblich schlechter als der Reichshaushalt dies zeigt. Auch ohne Reparationen geht Deutschland noch

phantastischen Schwierigkeiten gegenüber.

Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, Ministerialdirektor Jordan, erklärte, die Reichsregierung erkenne die Bedeutung der Frage der Wohlfahrtsverbesserungen nicht. Sie könnte aber im Hinblick auf die ungeklärten außenpolitischen Verhältnisse im Augenblick eine Erweiterung der bisherigen Maßnahmen nicht in Aussicht stellen.

6 Millionen Arbeitslose!

Nach dem Stand vom 15. Januar.

Berlin, 22. Januar.

Am 15. Januar 1932 waren bei den Arbeitsämtern rund 5 966 000 Arbeitslose gemeldet. Die Zunahme seit dem Jahresende belief sich auf annähernd 300 000. Seit dem Tiefstand des vergangenen Sommers ist die Arbeitslosenzahl um rund 2 012 000 gestiegen.

Riesige Devisenschlebung aufgedeckt

Millionenabjekte. — Verhaftung von Bankiers

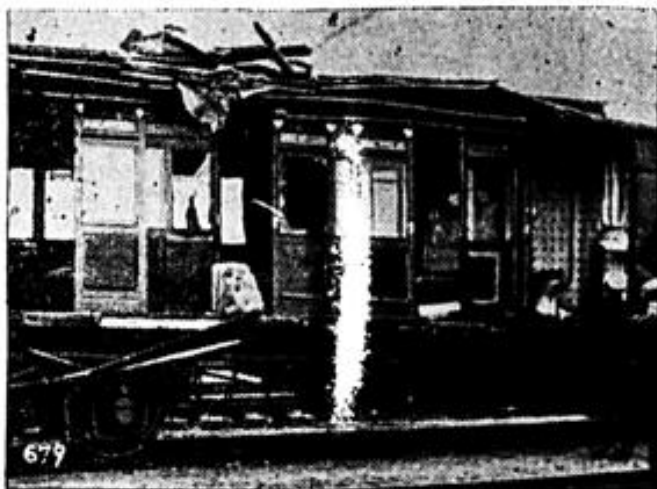
Berlin, 22. Januar

Ein Fall von Devisenschlebung, in dem es sich um Millionenabjekte handelt, ist jetzt von Beamten der Zollabhandlungsstelle aufgedeckt worden. Der Bankier Dr. Gutherz, der Vertreter des Bankhauses Singer und Friedländer, das seinen Stammsitz in London hat, ist verhaftet worden. Es ist damit zu rechnen, daß in Laufe der nächsten Tage weitere Verhaftungen von Bankiers und Privatpersonen erfolgen werden.

Das japanische Parlament aufgelöst.

Tokio, 21. Januar.

Das japanische Kabinett hat angesichts der Mehrheit der Opposition beschlossen, das Parlament sofort aufzulösen. In der letzten Sitzung ergriffen mehrere Regierungsveterane das Wort, um die Politik des neuen Kabinetts zu verteidigen. Außenminister Toshiyama erstattete Bericht über die auswärtige Lage.



Die Eisenbahn-Katastrophe in Frankreich.

Auf der Strecke Paris—Amiens ereignete sich fast am Bahnhof St. Justen-Chauffee ein schweres Eisenbahnunglück, dem 13 Tote und 18 Verletzte zum Opfer fielen. Unser Bild zeigt: Ein demoliertes Wagen 2. Klasse.

Der Butterkrieg.

Dänische Maßnahmen gegen Deutschland?

Kopenhagen, 21. November.

Das dem dänischen Außenminister nahestehende Blatt „Politiken“ weist darauf hin, daß der deutsch-dänische Handelsvertrag, dessen Kündigung von vielen Seiten verlangt werde, immerhin für Dänemark große Vorteile habe in Bezug auf den Schutz der dänischen Viehausfuhr nach Deutschland sowie der Ausfuhr von Schlachtereibälfen.

Am Nachmittag fand im Außenministerium eine Beratung statt. Der Parteivorsitzende der Venstrepartei, Rasmussen, hat dem Außenminister den Standpunkt seiner Partei dargelegt. Drei Möglichkeiten sind ins Auge gefaßt worden:

1. Kündigung des Handelsvertrages mit Deutschland.
2. Anrufung des Haager Schiedsgerichtes gegen Deutschland wegen Bruchs des Weistbegünstigungsvertrages.
3. Durchführung einer Devisenverordnung, die eine Valutalieferung zur Bezahlung an deutsche Importeure sperren soll.

Letzte Nachrichten.

Wie die französische Spionage arbeitet.

Bonn, 22. Jan. Kürzlich ging durch die Tageszeitungen eine Notiz, wonach der ehemalige Ortsgruppenführer der NSDAP. von Bonn aus der Partei ausgetreten sei. Vor einiger Zeit erhielt nun der Betreffende ein Schreiben aus Straßburg, worin er um Angabe über die Einrichtungen Besehle, Richtlinien u. a. der NSDAP. gebeten wurde. Eine entsprechende Bezahlung war ihm in Aussicht gestellt. Ein zweiter Brief enthielt einen Geldbetrag und die Aufforderung nach Straßburg zu einer mündlichen Aussprache zu kommen. Der Betreffende hat jedoch die Reise nicht angetreten.

Ungetreuer Spionkassierer zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nürnberg, 22. Jan. Das Schöffengericht verurteilte den Kassierer der Nürnberger Zweigstelle der Roburger Sparkasse, Wilhelm Schmidt, wegen Unterschlagung von 100 000 Mark und wegen schwerer Urkundenfälschung zu zwei Jahren zwei Monaten Zuchthaus.

Haftbefehl gegen flüchtigen Papiergroßhändler.

Berlin, 22. Jan. Der Papiergroßhändler Karl Scheidemantel wird steckbrieflich gesucht. Wegen fortgesetzten Betruges und Urkundenfälschung ist Haftbefehl erlassen worden. Die Berliner Papiergroßhandlung Karl Scheidemantel lieferte Berliner Zeitungsverlagen Papier. Scheidemantel benutzte die Rechnungen und Briefe mit den Verlagshäusern, um sich bei der Deutschen Bank und Discontogesellschaft Kredite von mehr als 100 000 Mark zu verschaffen. Die Bank stellte aber durch Zufall fest, daß Scheidemantel höhere Kredite erhielt, als ihm auf Grund der tatsächlichen Papierrechnungen zustanden. Scheidemantel hatte zu diesem Zweck Briefe eines bekannten Berliner Zeitungsverlages gefälscht. Scheidemantel ist wahrscheinlich nach Italien geflüchtet.

Seine zwei Kinder erschossen und sich selbst vergiftet.

Bromberg, 22. Jan. Wegen langjähriger Arbeitslosigkeit erlöschte der 40-jährige Arbeiter Jan Kalperst aus Schuß mit vier Revolverkugeln seine beiden Kinder im Alter von vier und einhalb Jahren. Beide Kinder waren sofort tot. Kalperst trank sodann eine Flasche Zynol und wurde noch in der Nacht in das Bromberger Krankenhaus eingeliefert. Dort starb er.

Keine Liquidation der Danabank.

Eine amtliche Erklärung.

Berlin, 22. Januar.

Entgegen einer unrichtigen Zeitungsmeldung teil der kaiserliche Regierungspräsident im Auftrage der preussischen Staatsregierung und im Einvernehmen mit der Reichsregierung folgendes mit:

„Zu den Pressemeldungen über eine angeblich bevorstehende Auflösung der Danabank- und Nationalbank (Danabank) wird amtlich mitgeteilt, daß eine Liquidation der Danabank nicht beabsichtigt ist. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Ordnung des Bankwesens wird auch die Angelegenheit der Danabank in einer Weise geregelt werden, die alle Beteiligten voll befriedigen wird. Es sei insbesondere darauf hingewiesen, daß die Garantie des Reiches für alle gegenwärtigen Verbindlichkeiten der Danabank nach wie vor besteht und bestehen bleiben wird, so daß irgendwelche Gefahren für die Einleger nicht bestehen.“

Ellie Beinhorn in Indien.

Sie will sich mit Marga von Ehdorf treffen.

Rangun, 22. Januar.

Die bekannte deutsche Fliegerin Ellie Beinhorn ist auf ihrem Weiterflug von Kalkutta nach Niederländisch-Indien in Rangun gelandet. Sie verließ Kalkutta gegen Mittag, um ohne Zwischenlandung Rangun zu erreichen. Durch ungünstiges Wetter traf sie erst bei Sonnenuntergang über Rangun ein. Da sie nicht sofort den Flugplatz fand, nahm sie, um nicht in die in den Tropen plötzlich eintretende Dunkelheit zu kommen, eine Zwischenlandung bei einem Dorfe vor. Hierbei wurde beim Aussteigen der Schwanzsporn des Flugzeuges beschädigt. Nach der Reparatur konnte sie am folgenden Morgen den Flugplatz von Rangun erreichen.

Jetzt will Ellie Beinhorn nach Bangkok fliegen, wo sie sich mit der Tokio-Fliegerin, Marga von Ehdorf, treffen will, die mit ihrem kleinen Junkersflugzeug von Tokio nach Deutschland unterwegs ist.

Reichsrat fordert Reichsbille.

Für Länder und Gemeinden.

Berlin, 22. Januar

Der Reichsrat — die verfassungsmäßige Vertretung der deutschen Länderregierungen — faßte am Donnerstag einstimmig eine Entschließung, in der er auf den Einnahmerrückgang der Länder und Gemeinden und auf die Steigerung der Gemeindegeldausgaben durch die fürorgelasteten hinweist. Darin heißt es wörtlich:

Der Reichsrat ersucht die Reichsregierung, im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft bei der Aufstellung des Haushalts 1932 auf diese Tatsachen Rücksicht zu nehmen. Er ersucht die Regierung insbesondere, anstatt der für 1932 für das Reich allein vorgesehenen erhöhten Schuldentilgung in den Reichshaushalt von 1932 für das Reich nur die bereits sehr hohe gezielte außerordentliche Schuldentilgung von zusätzlich 420 Millionen Mark einzustellen, und die darüber hinausgehenden Beträge den Ländern und Gemeinden zur Verminderung oder Deckung von Schulden zuzuwenden, um zu verhindern, daß Länder oder Gemeinden zusammenbrechen oder daß eine wirtschaftlich untragbare und im Gegensatz zur Preisentlastungspolitik stehende Anspannung weiterer Steuern in Ländern und Gemeinden erfolgen wird, noch bevor sich der Erfolg der bisherigen Aktionen auswirken kann.

Nus Bad Homburg und Umgebung

Kurhaus-Theater.

Bernard Shaw: „Der Kaiser von Amerika“.

Bernard Shaw, der große Ire, hat in den letzten Jahren einen geistigpolitischen Kurs eingeschlagen, der sowohl Anhänger als auch Gegner des Dichters befremdet mußte. Abkehrend von seiner ursprünglichen Gesinnung identifiziert er sich bald mit der Ideenwelt der Leute von der Wolga, bald mit der des Tibers. Vielleicht wird man Shaws Rußlandbesuch — hinter dem mehr als die Lust zum Reisen steckte — nur als eine Episode in seinem Leben bewerten. Feststeht aber, daß der von aller Welt verehrte Dichter sich durch diese Vorhommisse den Vorwurf einer gewissen „geistigen Umstellung“ — um einen härteren, derberen und besser angebrachten Ausdruck zu vermeiden — nicht ersparen konnte. Der „Kaiser von Amerika“ gehört nicht zu seinen Stücken erster Garnitur; hier macht sich schon das fühlbar, was wir soeben ganz vorsichtig „geistige Umstellung“ nannten. Trotz dieser Schwäche versteht es der Synker, Polemiker und immer revolutionäre Shaw, seinem Stück durch das außerordentlich hohe Niveau des Dialogs — in dieser Hinsicht ist und bleibt er immer Triumphator — effektvolle Spannung zu verleihen.

Der Dichter führt uns in die Welt der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, und zwar läßt er uns eine Kabinettssitzung im Schloß des Königs Magnus von England miterleben. Sein Prognostikon ist ja ziemlich radikal. Das, was wir heute auch manchmal in der ernststen Politik erleben müssen, läßt er für 1980 als Selbstverständlichkeit gelten. Die Charakterschwäche des Menschen ist jedenfalls geblieben. Magnus, der ebenso wie seine Minister in einem einfachen Straßenanzug erscheint, ist versassungsmäßig nur eine Puppe, aber griffig stellt ihn Shaw seinen Ministern überlegen dar. Das Kabinett verlangt ultimativ den Rücktritt des Königs, und wenn man glaubt, ihn zu einer freiwilligen Abdankung gebracht zu haben, lacht, ehrt und achelt man ihn und weiß seine Taten zu schätzen. Magnus will seinen Thron seinem Sohn überlassen, um so frei zu sein von jeder Beengung, die er sich in seiner Stellung als König gefallen lassen mußte. Er will sich gleich seinen Ministern als Kandidat einer, und zwar seiner eignen Partei ins Parlament wählen lassen, um so ein wirklich ehrliches Spiel mit politischen Gegnern, in diesem Falle mit den Kabinettmitgliedern treiben zu können. Die Gleichberechtigung der Frau, heute von vielen immer noch angezweifelt, wird um 2000 Wirklichkeit sein. Gleich zwei Frauen sind in dem Kabinett Proteus vertreten, beide für ihre Positionen durchaus qualifiziert, die eine charmant, energisch und immer erfolgreich, die andere noch mit dem Fehler ihrer Geschlechtsgefährtinnen behaftet, zu weinen, wenn man glaubt, am Ende seines Lateins zu sein.

Der dritte Akt des Stücks, der handlungsmäßig sich den vorhergehenden nicht recht anpaßt, bringt die Meldung des amerikanischen Volschaffers, dem englischen König die amerikanische Kaiserkrone anzubieten. U.S.A. will zurück zum Mutterland, von dem es sich einstmalig nach hartem Kampfe getrennt hat. England-Amerika, werden sie sich vertragen? Natürlich. Der Britte braucht etwas Amerikanismus und der traditionslose U.S.A. liebt manchmal das Aristokratische der Engländer. Die Residenz der Engländer kann und soll nach Washington verlegt werden. Was werden die Mächte Deutschland und Frankreich dazu sagen, fragt Magnus. Und der amerikanische Volschaffer antwortet: Nichts. Continentalbegriffe wird es nicht mehr geben. Dem Dichter schwebt schon ein bald verwirklichtes Paneuropa vor.

Unter Karl Gaeblers Spielleitung gefallte sich die geistige Aufführung zu einem Erfolg der Banauer — und nicht Shaws. Conny Lyßen in der Titelrolle kam der vom Dichter gewünschten Figur recht nahe. Sein Spiel war überzeugend, gelassen und sicher; man merkte, daß sich Lyßen als „König“ sehr wohl fühlte. Maria Berghard gab die königliche Liebhaberin nicht übel; man hätte aber gerne auf diese Scene verzichtet. Heinrich Wipser (Premierminister) skizzierte bestenfalls den Typ des unentschlossenen Mannes. Auch die Inhaber der übrigen Ministerrollen wirkten gut. Trude Rommelsch als Wirtschaftsministerin glaubte durch Ueberrissenheit das Publikum zu fesseln. Von weiteren Darstellern erwähnen wir noch Hanns Nippold und Ewald Allner als Sekretäre des Königs. Das Bühnenbild ließ im 1. und 3. Akt viel zu wünschen übrig. Das Publikum konnte von der Shaw'schen Spottware nicht gepackt werden. Es dankte aber herzlich den Schauspielern.

Wann werden die Gas- und Wasserpreise gelenkt? Diese Frage haben wir in letzter Zeit von vielen Lesern gestellt bekommen. Siehe heute darüber zu unterhalten, wäre etwas verfrüht. Es ist nämlich damit zu rechnen, daß der Magistrat eine Senkung der Gas- und Wasserpreise in seiner nächsten Sitzung erwägen wird.

*** **Wann kommt die nächste Volkszählung?** Die bereits 1930 fällige Volkszählung soll entgegen den ursprünglichen Absichten nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministers auch im Jahre 1932 ausfallen. Der Reichsstadtkommissar hat daraufhin bei den zuständigen Reichs- und Landesbehörden nochmals beantragt, die Volkszählung 1932 unbedingt vorzunehmen. Wahrscheinlich für diese Stellungnahme ist, daß infolge der wirtschaftlichen, beruflichen und sozialen Umwälzung die Ergebnisse der Volkszählung für 1925 unrichtig geworden und daher für die Verwaltungspraxis nicht mehr verwertbar sind.

Vor Erteilung der Spielkonzession für Bad Homburg?

Wenn einige bedeutende deutsche Bäder in absehbarer Zeit die Genehmigung zur Wiedereinführung des Glücksspiels erhalten, so ist das in erster Linie natürlich ein Zugeständnis an die Not der Zeit, aber auch ein Schritt des Ausgleichs, der einer rein praktischen Erwägung entspricht. Deutschland kann sich, umgeben von Bädern, in denen die zahlungsfähigen Kreise durch das Spiel angezogen werden, nicht mehr den Luxus einer Sonderstellung erlauben, die seine Bäder aufs schwerste benachteiligt. Es braucht nur auf Wiesbaden hingewiesen zu werden; bekommt Wiesbaden die Spielerlaubnis nicht, dann wird es nicht mehr in der Lage sein, seine Bedeutung als internationaler Kurort aufrecht erhalten zu können.

Homburg ist durch das Spiel — allerdings auch durch die Persönlichkeit Louis Blancs — aus einem verfallenen Ort in einer kleinen Landgrafschaft zu einem Weltbad geworden. Und sobald eine Spielkonzession für deutsche Badeorte erteilt ist, wird auch das internationale Kapital wieder zufließen. Und das ist wesentlich!

Mit der Konzession wird eine Gesetzgebung durchbrochen, die seit der Reichsgründung das öffentliche Glücksspiel vom deutschen Boden mit Strenge ferngehalten hat. Sie konnte damit freilich zu keiner Zeit verhindern, daß in privaten Zirkeln aller Gesellschaftskreise Glücksspiele eifrig betrieben und ungeheure Summen auf diesen ebenso bequemen wie gefährlichen Wegen umgesetzt wurden. Spielerhandale aus der sog. besten Gesellschaft gehörten gerade in der Vorkriegszeit zu den regelmäßigen Skandalen. Nach dem Kriege hat sich das etwas geändert; nicht weil etwa nicht mehr gespielt wurde, sondern weil wir inzwischen uns an andere Aufregungen gewöhnt haben.

Auf dem Verordnungswege wird etwa vier oder fünf großen deutschen Badeorten, darunter wohl Baden-Baden, Wiesbaden und Bad Homburg, die Konzession zum öffentlichen Spielbetrieb erteilt werden. Reichsverkehrs- und Reichsfinanzminister stehen dem Plan zustimmend gegenüber, und auch vom Reichsinnenministerium wird die Zustimmung erwartet. Ein Spielverbot für Reichsdeutsch, d. h. also die Beschränkung des Spiels auf Ausländer, dürfte sich in der neuen Verordnung nicht finden, da in einem großen Lande wie Deutschland die Nachahmung des Beispiels von Monte Carlo aus naheliegenden Gründen unzulässig ist.

Schon bisher bestehen überall in Deutschland praktisch Glücksspiele. Die Lotterie, die sogar der Staat betreibt, und der Totalisator beim Rennbetrieb, was beides ja auch nichts anderes als Glücksspiel ist. Daneben findet man allerorten sog. „Geschicklichkeitsspiele“. Jedenfalls ist die Wiedereinführung des Rouletts ein Zeichen unserer Verarmung, die nach jeder Erwerbsmöglichkeit greifen läßt.

Der „abgängige“ Mitbürger.

Polizei- und Zeitungsberichterstatter haben ein neues Modewort geschaffen. Sie belehren uns darüber, daß heutzutage Personen, Hunde, Kraftwagen und andere dem Verlust ausgesetzte Dinge nicht mehr verschwinden, abhandeln, kommen, verlorengehen, vermisst werden — nein, solche gewöhnlichen Wörter können die genannten Vorgänge nicht treffend kennzeichnen! Da muß unbedingt ein höherer Stil einziehen, und der findet nur in dem Wort „abgängig“ seinen vollkommenen Ausdruck: „Der seit einigen Tagen abgängige Mitbürger Karl Müller wurde heute im Stadtwald tot aufgefunden“. So und ähnlich lauten in letzter Zeit häufig Zeitungsnotizen, in denen die Verfasser neue Wege gehen wollten, aber auf einen — Holzweg gekommen sind.

Das Wort abgängig gibt es nur als Ableitung von „abgehen“ und „Abgang“ und nur in Beziehung auf Sachen. Waren, die einen guten „Abgang“ haben, sind „abgängig“. Auch spricht man von „abgängigem“ (gleich vererbendem) „Erbteil“, von „abgängigen“ (gleich abgenutzten) „Kleidern“. Aber wenn ein bankrottgeschlagener Geschäftsmann das Weite sucht, ist er deshalb nicht „abgängig“. Wenn früher ein Schauspieler schlecht spielte, mußte er oft bei seinem Abgang flüchten, weil die Zuschauer das „Sprichwort“: „Lachst Eier sprechen! Sagt es mit Tomaten!“ in die Tat umsetzten. Auch er war beileibe nicht „abgängig“. Mancher leichtsinniger Schüler, der von der Schule „abgehen“ muß, verschwindet auf Nimmerwiedersehen, ist aber keinesfalls „abgängig“.

Verlängerung des Grundvermögenssteuergesetzes. Durch die 2. Sparverordnung vom 23. 12. 31. Fünftes Teil Art. 1 — (G. G. S. 299) ist das Grundvermögenssteuergesetz nebst den dazu ergangenen Abänderungen auf das Rechnungsjahr 1931 verlängert worden. Demgemäß wird die veranlagte flächliche Grundvermögenssteuer einschließlich des staatl. Zuschlags für das Rechnungsjahr 1932 forterhoben.

Aus den Tischspielhäusern. Im „Hellpa“ läuft noch bis auf weiteres der Preußenfilm „York“. Im Tischspielhaus bringt das Programm ab heute bis einschließlich Sonntag die Schlager „Der schwarze Pierrot“ und „Unkas, der Held des wilden Westens“.

Ein Eisenbahnzug Lebensmittel. Wie wir erfahren, hat die Firma Kaiser's Kaffeegeschäft G. m. b. H. in Biersen an allen Orten, an denen sie Verkaufsstellen unterhält, erneut für die Winterhilfe Lebensmittel in so erheblichem Umfange zur Verfügung gestellt, daß zur Beförderung der gesamten Menge ein ganzer Eisenbahnzug notwendig wäre. Das ist bereits die zweite Stiftung dieser Art, die die Firma innerhalb kurzer Zeit gespendet hat.

Soll man bei offenem Fenster schlafen?

Die Frage, ob man bei offenem Fenster schlafen soll, läßt sich allgemeingültig nicht beantworten. Wer nicht gesund ist, wird jedenfalls besondere Vorsicht walten lassen müssen. Für den Gesunden indessen ist das Schlafen bei offenem Fenster erwünscht, aber es sind dabei eine Anzahl von Vorsichtsmaßnahmen zu beachten. Zunächst ist für das Schlafen bei offenem Fenster die Raumtemperatur maßgebend. Liegt sie unter Null Grad, so wird man mit dem Offenhalten der Fenster während der Nacht vorsichtig sein müssen. Unser Körper braucht während der Nachtzeit zur Vorbereitung auf den kommenden Tag unbedingt eine frische Luft, und es ist wissenschaftlich erwiesen, daß wir beim Schlafen mehr Sauerstoff einatmen und mehr Kohlendioxid ausatmen als in wachem Zustande. Findet keine genügende Lüftung während der Nachtzeit statt, so wird die Luft sauerstoffarm, das heißt schlecht. Es gesellen sich ihr die natürlichen Ausdünstungen des Körpers hinzu, und man ist bei fehlender Lüftung gezwungen, diese „verpestete“ Luft immer wieder einzuatmen.

Im Sommer empfiehlt es sich daher, stets bei offenem Fenster zu schlafen. Im Herbst und Winter wird es zweckmäßig sein, vor dem Zubettgehen eine gründliche Lüftung des Schlafraumes vorzunehmen und mindestens einen Fensterspalt bei nicht zu großer Kälte offen zu halten. Das läßt sich gefahrlos durch Zwischenlegen eines Stücks Holz oder Kork erreichen. Dabei darf das Bett nie direkt am Fenster stehen. Noch besser ist es, wenn möglich, im Nebenraum ein Fenster offenzuhalten. Auch ist es ratsam, durch Vorziehen einer Gardine eindringenden Staub abzuhalten. Das offene Fenster bietet während der Nachtzeit einen Gefahrschutz gegenüber ausströmendem Gas, sei es Leuchtgas, das man aus dem Schlafzimmer stets fernhalten sollte, seien es Abgase eines schlecht schließenden Ofens. Alles in allem läßt sich sagen, daß der Gesunde nach diesem Rezept möglichst bei offenem Fenster, auch im Herbst und Winter, schlafen soll.

Versuchsballone.

In den Jahren 1932/33 finden bekanntlich ausgedehnte meteorologische Forschungen im Polargebiet statt. Aus diesem Anlaß werden auch in den übrigen Gebieten der nördlichen Halbkugel erweiterte Messungen vorgenommen. Vor allem werden an besonders vielen Orten unbemannte Versuchsballone zu wissenschaftlichen Zwecken emporgesandt. Die nächsten Aufstiegsstermine sind der 27. und 28. Januar, sowie der 10., 11., 24. und 25. Februar. Der Fieber eines solchen Ballons wird gebeten, ihn samt dem daran befindlichen Selbstschreibgerät sorgfältig zu behandeln und nach der am Ballon oder am Gerät befindlichen Anleitung zu verfahren.

Mit Rücksicht auf die Gegenfeitigkeit sind ausländische Ballons gerade so schonend zu behandeln wie deutsche. In der Regel zählt die den Ballon absendende meteorologische Anstalt dem Fieber eine angemessene Belohnung. Die Ballone sind mit leicht brennbarem Wasserstoffgas gefüllt; daher ist jedes Feuer, auch Zigarren und Pfeifen so lange von ihnen fern zu halten, als noch ein Rest von Gas in ihnen ist. Die wissenschaftlichen Ballone bestanden durchweg aus Gummi, Papierballone werden nicht mehr verwendet. Das Gewicht der Hülle beträgt mindestens 100 Gramm oft aber auch 1 bis 2 Kilogramm. Gummiballone von weniger als 100 Gramm tragen keinen Apparat, sondern werden nur zu Windmessungen benutzt. Sie brauchen nicht zurückgesandt zu werden. In Zweifelsfällen wende man sich an die nächste Ortspolizeibehörde oder an die zuständige Landeswetterwarte.

Schießversuche gegen Hagel.

Teils mit, teils ohne Erfolg. — Die württembergische Landwirtschaftskammer berichtet.

Eine württembergische Feuerwerkskörperfabrik beschäftigt sich schon seit längerer Zeit mit der Frage, mit Hilfe von besonders konstruierten Raketen den Hagel zu bannen, bzw. ihn zu zerstäuben. Um durch Versuche zu zeigen, inwiefern die Hagelraketen vor oder bei einsetzendem Hagel wirksam sind, hat die württembergische Landwirtschaftskammer zwei Hagelraketenversuche in den hagelgefährlichsten Gebieten des Landes, nämlich in den Bezirken Blaubeuren und Ehingen eingeleitet, und zwar dergestalt, daß dort bei jedem nahenden Gewitter, das irgendwie auf Hagelschlag schließen läßt, ohne Rücksicht auf den Verbrauch von Raketen geschossen werden darf. Außerdem hat die Landwirtschaftskammer, um möglichst viel Material zu erhalten, auf dem Wege der Umfrage mittels Fragebogen festzustellen versucht, wo und mit welchem Erfolg oder Mißerfolg im Laufe des Sommers gegen Hagelschlag geschossen wurde. Die Kammer berichtet nun über die bisherigen Erfahrungen: Wenn es auch noch nicht an der Zeit ist, ein Urteil über die Wirksamkeit der Hagelraketen abzugeben, so halten wir es doch für zweckmäßig, nach Sichtung des hier vorliegenden Materials folgendes festzustellen:

1. In den eigentlichen Versuchsgebieten von Blaubeuren (Tomerdingen) und Ehingen (Stetten) ist je einmal, und zwar mit Erfolg geschossen worden. 2. In den anderen Gebieten — es handelt sich um 19 Fälle — wurde angeblich 16 Mal mit Erfolg und dreimal mit Mißerfolg geschossen. Die Frage, ob das Hagelwetter auch ohne Schießen nachgelassen hätte, kann natürlich von niemanden beantwortet werden. Wenn aber bei drei- bis fünfjähriger Versuchstätigkeit jedesmal nach Abhieben von Raketen der Hagel aufhört, so kann und darf dies nicht als Zufall gedeutet werden, sondern wir müssen dann anerkennen, daß den Hagelraketen eine gewisse Wirkung zukommt.

Vom rein praktischen Standpunkt aus gesehen, ist es daher wünschenswert, daß in den nächsten Jahren weiterhin mit Raketen geschossen wird und daß die Erfolge oder Mißerfolge an die Landwirtschaftskammer berichtet werden; denn wir sind der Ansicht, daß wir nur auf diesem Wege einen Schritt vorwärts kommen können.

Kirchliche Nachrichten.

Gottesdienste in der evangelischen Erbkirche. Am Freitag, dem 22. Januar, abends 8 Uhr, Vorbereitung zum Abendgottesdienst in der Sakristei.

Verantw. für den redaktionellen Teil: E. Berg, Bad Homburg. Für den Inseratenteil: Fritz W. A. Krügerbrink, Bad Homburg. Drucker und Verleger: Otto Waagenbreth & Co., Bad Homburg.

Holzversteigerung.
Oberförsterei Oberreifenberg.
 Am Dienstag, dem 2. Februar 1932,
 vormittags 10 Uhr, im Saale des Gast-
 wirts Kestner (Frankf. Hof) zu Schmittens
 Brennholz aus der Först. Arnoldsbahn
 Distrikte 1a (Weiße Berg), 5a, 6a, 7a (Faul-
 berg) und 11a (Großer Eichwald)
 Buchen: 630 m Schicht
 " 307 m Knüppel
 " 6000 Rdt. Wellen III. Kl.
 Käufer, die für 50 Rmk. und mehr
 Holz kaufen, kann die Bezahlung des Holz-
 kaufgeldes bei $\frac{1}{2}$ Anzahlung des Kaufbe-
 trages bis 6 Monate nach dem 1. 3. E.
 auf Antrag gestundet werden.
 Der Preussische Staatsförstler.

**Bad Homburger
Neueste Nachrichten**
Dorotheenstraße 24.

Konzertpianistin (Schule Schnabel) sucht möbl. Zimmer in Homburg oder Frankfurt gegen Klavier-Unterricht oder Ensemble. Zuschr. unter Ta. B. 8525 beförd. Rudolf Mosse, Berlin W 50, Tauenzienstr. 2.



dient Ihrer Repräsentation. Das laufende Inferat dagegen gestaltet die Beziehungen zu Ihren bisherigen Kunden bedeutend lebhafter, knüpft neue Geschäftsverbindungen an und erhöht dadurch Ihren Umsatz. Diese von prominenten Kellamfachleuten auf Grund der Erfolge der Dauerinferenten festgestellte Tatsache sollte Sie veranlassen, sich zur Aufgabe einer laufenden Anzeige in den „**Bomburger Neuesten Nachrichten**“ zu entschließen. — Lassen Sie sich von der Geschäftsstelle ausführliches Angebot baldigst unterbreiten.

Der Erfolg einer Anzeige hängt von der Dauer der Bekanntgabe ab

Mus Nah und Fern

Diafonieverband Marburg und Ge-We-Ge.

Frankfurt a. M. Der Kontursverwalter hat in Uebereinstimmung mit dem Gläubigerausschuß und der Gläubigerverwaltung die Grundstücke, auf denen sich die Anwesenheiten der insolventen Gemeinnützigen Wohlfahrts-Gesellschaft m. b. H. befinden, freigegeben, wofür der Diafonieverband Marburg die Ausbietungsgarantie übernommen hat. Als Uebnahmepreis wird vorläufig eine Summe von 865 000 Mark genannt. Die Grundstücke mit den Krankenhäusern werden nach der Versteigerung in den Besitz des Diafonieverbandes übergehen, das Privatreichthaus Sachsenhausen (210 Betten) und die C. von Noorden-sche Klinik (55 bis 60 Betten) sind in der letzten Zeit sehr gut belegt. Der Diafonieverband Marburg hat sich außerdem unter Befürwortung der hiesigen Inneren Mission verpflichtet, im Falle des Erwerbs die Handwerkerforderungen an die Ge-We-Ge in Höhe von 80 Prozent gleich 120 000 Mark zu befriedigen und zwar in bestimmten Jahresraten.

Entlassung der Wohlfahrtspflege durch Siedlung.

Marburg. Ueber Verhandlungen des Kreisausschusses Marburg mit dem Hessischen Bauernverein zwecks Entlassung der Wohlfahrtspflege durch kleinbäuerliche Siedlung berichtete Landrat Schwebel in einer Versammlung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Marburg. Eine Umfrage bei den Bürgermeisterleuten habe ergeben, daß in den Dörfern viele hundert Wohlfahrtsdienstleistungen wohnen, die zwar über einen kleinen Besitz verfügen, aber nicht so viel, daß sie davon ihr Leben fristen könnten. Man beabsichtigt nun, den in Frage kommenden Erwerbslosen weitere Vorkursleistungen zuzuteilen, um sich auf diese Weise von der Wohlfahrts-pflege freizumachen. Ein Projekt, bei dem 400 Morgen vom Forstfiskus zur Verfügung gestellt wurden, sei in Gatteln bereits durchgeführt worden. Die Zuteilung, für die außer staatlichem auch Kirchen- und Gemeindebesitz herangezogen werden sollte, soll erst in Pacht erfolgen, wobei die Möglichkeit gegeben sein soll, später das Land käuflich zu erwerben.

Frankfurt a. M. (Ein feiner Untermieter.) Ein Wohnungseinbruch in Frankfurt-Eschersheim hat eine eigenartige Aufklärung erhalten. Ein Untermieter der Schwiegereltern des Geschädigten, hatte aus der Handtasche, der bei ihren Schwiegereltern weilenden Ehefrau des Bestohlenen die Schlüssel entwendet, ist mit diesen nach Eschersheim gefahren, hat die Wohnung aufgeschlossen und nach Entwendung einer Geldsumme die Wohnung auf normalem Wege wieder verlassen. Die Schlüssel, deren Verlust garnicht bemerkt worden war, hat er nach Rückkehr in die Handtaschen zurückgelegt.

Hanau. (Der verlorene Einschreibebrief.) Ein Postfachbesitzer in Hanau hatte bei seinen Bestellungen eine Einschreibebriefe, die drei Brillantringe im Wert von 14 000 Mark enthielt, verloren. Sie wurde von dem erwerbslosen Arbeiter Ferdinand Maas in einem Hausgang gefunden. Die Postbehörde schrieb eine Belohnung von 1500 Mark für die Wiedererlangung der Sendung aus, doch erfolglos. Der Finder hatte die Sendung mitgenommen und später den Versuch gemacht, einen Ring in Frankfurt zu verkaufen. Als der erste Versuch mißlang, beauftragte er die geschiedene Frau Johanna Richei in Frankfurt mit der Verwertung des Ringes, die ihn bei dem städtischen Pfandhaus in Frankfurt a. M. verpfandete. Nun standen Maas und Frau Richei vor dem erweiterten Schöffengericht in Hanau, das Maas mit sechs Wochen Gefängnis bei Straussetzung, Frau Richei wegen Hehlerei mit einem Monat Gefängnis bedachte. Die beiden nicht verpfändeten Ringe hatte Maas in seiner Wohnung versteckt.

Weikersburg. (Die Vereinstasche gestohlen.) Bei einem Einbruch in das Haus des Kassierers des Rheinischen Bauernvereins, Ortsgruppe Weikersburg, wurde der Kassenbestand zum größten Teil gestohlen. Während die Hausbewohner bis auf einen Sohn, der von dem Diebstahl nichts gemerkt haben will, einen Gang ins Dorf machten, verschwand aus dem verschlossenen Schlafzimmer der Eheleute, in dem die Vereinstasche untergebracht war, ein Betrag von 750 Mark, während 75 Mark unberührt in der Kasse zurückgelassen wurden. Der Dieb hatte bei seinem Vorgehen keine Gewalt angewandt, sondern die Tür und die Behälter mit einem Schlüssel geöffnet. Merkwürdig ist, daß die neben der Vereinstasche stehende Privattasche des Hauseigentümers, in der sich über 1000 Mark befanden, unberührt blieb.

Schreiba. (Der Argwohn auf die Patrone.) Der Arbeiter Heinrich Dippel wollte eine alte Patrone, die er beim Stiefeln gefunden hatte, mit einem Arzthieb zur Entzündung bringen. Dabei explodierte das Geschloß und verletzte den Arbeiter so schwer, daß er an seinen Verletzungen starb.

Darmstadt. Im Volksstaat Hessen sind nach den neuesten Ermittlungen des Hessischen Landesstatistischen Amtes die von den Arbeitsämtern anerkannten, bei den Bezirksfürsorgestellen gezählten Wohlfahrtserwerbslosen gegenüber dem Bormonat von 33027 auf 36033 am 21. Dezember 1931 gestiegen. Um die gleiche Zeit des Vorjahres waren 21843 Wohlfahrtserwerbslose ermittelt worden. Die Zunahme im Laufe des Monats Dezember war besonders erheblich in den Bezirken Offenbach, Mainz und Worms. In der Stadt Offenbach ist jetzt jeder zehnte Einwohner ein Wohlfahrtserwerbsloser. Da dort aber auch sehr viele Empfänger der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge wie auch unterstützte Sozialrentner, Kleinrentner usw. vorhanden sind, sind die Hälfte aller Offenbacher Haushalte Empfänger von Unterstützungen geworden. Nur einige ländliche Fürsorgeverbände Oberhessens wiesen einen ganz geringfügigen Rückgang der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen auf.

Darmstadt. (Vom Segelflieger Groenhoff.) Der bekannte Segelflieger Günther Groenhoff traf, nach einer Meldung aus Davos, mit seinem Segelflugzeug „Zafir“ von Zürich kommend auf dem Davoser See ein. Er hatte sich im Schlepp des Schweizer Motorpiloten Frey nach Davos bringen lassen und erreichte dabei eine Höhe von 3700 Metern. Nach Lösung von dem Schleppflugzeug über Davos gelang es ihm, sich noch eine zeitlang freisiegend in der Luft zu halten. Er hatte, wie er erklärte, noch genug Aufwinde gehabt, um längere Zeit zu segeln, doch sei ihm die Kälte zu hinderlich gewesen.

Mörfelden. (Vom Anhänger überfahren.) Tödliche Folgen hatte für ein Kind von fünf Jahren das Anhängen an ein Fuhrwerk. Es hatte sich an ein Holzfuhrwerk angehängt, kam zu Fall und wurde von einem angehängten Wagen überfahren, so daß es an den erlittenen Verletzungen starb.

Offenbach. (Die Mordtatsache Kreuzer.) Der Mord an der ehemaligen Postbeamtin Anna Kreuzer ist noch immer nicht aufgeklärt. Inzwischen sind vier Personen festgenommen worden, die aber als Täter nicht in Frage kommen, so daß sie wieder entlassen werden mußten. Die Untersuchung wird intensiv weitergeführt.

Mainz. (Keine militärische Übungen.) Ein auf einem Spaziergang befindlicher Staatsanwalt beobachtete auf dem Fels bei Laubenheim eine Gruppe uniformierter Kommunisten, die eine Feldübungsübung abhielten, bei der auch Schüsse fielen. Das herbeigerufene Ueberfallkommando aus Mainz nahm den Führer, Jakob Weith aus Mainz-Weihenau fest. Das Bezirkschöffengericht verurteilte ihn wegen Veranstaltung verbotener militärischer Übungen zu drei Monaten Gefängnis. Die Strafkammer Mainz erkannte auf die Berufung hin auf Freisprechung, da man Zweifel daran hatte, daß es sich um eine verbotene militärische Übung im Sinne der Reichsnotverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen handelte. „Geländespiele“ seien nicht ohne weiteres als verbotene militärische Übungen anzusehen.

Mainz. (Zettelverteiler abgeurteilt.) Ein 21-jähriger Autoschlosser und ein 21-jähriger Matrose hatten ohne Genehmigung Flugblätter der KPD verteilt. Sie wurden von der Polizei erlappt und zu je fünf Tagen Gefängnis verurteilt.

Mainz. (Den Verletzungen erlegen.) Der schwerhörige 82-jährige Invalide Joh. Aug. Grundmann wurde von der Straßenbahn am Markt angefahren und schwer verletzt. Grundmann ist nun im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Bad Kreuznach. Ein schreckliches Bild bot sich der Frau Paul B. in Wallhausen, als sie auf einen Schrei ihres Kindes ins Schlafzimmer lief. Sie sah, wie eine Ratte sich im Gesicht des Kindes festbiss. Ein Elektrotechniker tötete das Vieh. Die Ratte war so groß, daß zwei Ragen es nicht wagten, sich ihr zu nähern.

Andernach. (Tagung des Bienenzuchtvereins für die Rheinprovinz.) Unter dem Vorsitz des Ehrenpräsidenten, Direktor Schneider-Andernach, hielt der Bienenzuchtverein der Rheinprovinz hier eine Tagung ab, zu der etwa 400 Mitglieder erschienen waren. Die Vorstandswahl ergab die Wahl des Pfarrers Alos-Wirtenfeld zum Präsidenten, des Bürgermeisters a. D. Poldorf-Lohmar a. d. S. als Vizepräsidenten. Dem geschäftsführenden Vorstand gehören an Stadtschultheiß Röhren-Duisburg, Weiblich als Geschäftsführer, Rektor Rörner-Röln-Longerich als Schriftleiter der Rheinischen Bienenzitung, Rechnungsdirektor Vinnemeyer als Schatzmeister. Nach der Entgegennahme des Revisionsberichts über die Vereinstaschenprüfung wurde eingehend die Entwicklung der Rheinischen Honig-GmbH. besprochen.

Kolenthal bei Idar. (Großfeuer.) Zwei Anwesen eingeschmört.) In den beieinander gelegenen Anwesen der Landwirte August Hanf und Albert Hoffmann brach Feuer aus. Das ganze Anwesen Hoffmanns sowie die dazugehörige Scheune und Stall nebst dem gesamten Mobiliar und dem gedroschenen Getreide wurden ein Raub der Flammen. Auch das Wohnhaus des Hanf, sowie dessen dort untergebrachten großen Futtervorräte und der größte Teil der landwirtschaftlichen Maschinen wurde eingeschmört. Beide Anwesen sind verlicht.

Rien (Nabe). (Es gibt wieder Arbeit.) Die Rirner Hartsteinwerke konnten erfreulicherweise wieder Arbeitereinstellungen machen, nachdem neue Arbeitsaufträge vorliegen. Es ist in den nächsten Wochen mit weiteren Einstellungen von Steinarbeitern zu rechnen.

Saarbrücken. (Sohn erschießt den Vater.) Fünf Jahre Gefängnis.) Das Schwurgericht Saarbrücken hatte sich mit einer Familientragödie zu befassen, die sich im Mai vergangenen Jahres abspielte. Der Angeklagte, ein 22-jähriger Elektriker Walter Gerhard, hatte nach einem Wortwechsel den Revolver auf seinen Vater gerichtet und diesen durch zwei Schüsse getötet. Während der Staatsanwalt auf Totschlag plädierte, bejahten die Geschworenen die Frage nach Körperverletzung mit Todeserfolg. Das Urteil lautete dementsprechend auf fünf Jahre Gefängnis.

Saarbrücken. (Redeverbot.) Die Regierungskommission hat dem deutschen Reichstagsabgeordneten Schmidt (Hannover), der bei einem vaterländischen Abend der Deutschnationalen Partei in Saarbrücken das Wort ergreifen sollte, die Redeerlaubnis verweigert. Die Veranstaltung mußte aufgehoben werden.

Röln. (Der Strafe entzogen.) In der Löhstraße sollte ein 30-jähriger Rendant, der wegen Einbruchs gefaßt wurde, von der Kriminalpolizei festgenommen werden. Bevor die Beamten zur Festnahme schreiten konnten, hat sich der Gefaßte erschossen.

Brühl. (Zehnpfeller bis an den Hals in Schlamm und Wasser.) In den Abendstunden kamen drei Herren in eine hiesige Gastwirtschaft und ließen es sich bei Speisen und Getränken recht wohl sein. Plötzlich waren die Herrschaften, ohne bezahlt zu haben, ausgelassen, aber nicht auf dem gewöhnlichen Wege, sondern durch das Toilettenfenster. Raum hatte man ihr Verschwinden bemerkt, als der Hausbursche mit einem Gast in einem Kraftwagen den Burschen nachfuhr. Man entdeckte sie auch und nun gab es ein tolles Jagden durch die Straßen der Stadt. Mit einem Male waren die Verfolgten in der Dunkelheit spurlos verschwunden. Nach langem Suchen wurden sie von Polizeibeamten in einer Bachunterführung gefunden, wo sie bis an den Hals im Schlamm und Wasser standen. Schmutzstarrend und zitternd vor Kälte wurden sie hervorgeholt und können nun „in aller Stille“ etwas über den „vergügten Abend“ nachdenken.

Summersbach. (Gut abgelaufen.) Ein 19-jähriges Mädchen von Waldbrohl wollte im Bahnhof Dieringhausen auf einen ausfahrenden Personenzug springen. Es verfehlte hierbei das Wagengitter und geriet zwischen Trittbrett und Bahnsteigbordstein. Durch Ziehen der Notbremse von Reisenden konnte glücklicherweise der Zug schnell zum Halten gebracht und das Mädchen aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. Es kam mit Hautabschürfungen davon.

Guntersblum. (Mittlerer Sprengkapsel verlegt.) Auf der Heimfahrt von Oppenheim spielte der Lehrling Phil. Stark von hier mit einer Sprengkapsel am Fenster. Plötzlich explodierte die Kapsel, wodurch der Lehrling verletzt wurde. Er gab zunächst an, er sei durch einen Schuß, der auf den Zug abgegeben worden sei, verletzt worden, doch ist die Sprengkapsel von der Polizei gefunden worden. Wo der Junge das gefährliche Spielzeug her hat, ist noch nicht festgestellt.

Frel-Caubersheim. (Vorsicht bei Tierkrankheiten.) Der Landwirt H. König pflegte ein krankes Pferd, das an der Rose litt. Er zog sich dabei einen leichten Hautriss im Gesicht zu. Er erhielt nun selbst die Gefährliche und starb daran.

Cauterbach. (Nicht gut davongekommen.) In der Rodelsgasse lief ein Kind direkt in ein Auto, wurde zu Boden geschleudert und geriet unter den Wagen. Als die Zuschauer sich jedoch des vermeintlich schwer verletzten Kindes annahmen wollten, stand dieses auf und lief zur Seite. Es hatte, wie durch ein Wunder, nur Hautschürfungen davongetragen.

Für die Hausfrau

Denkspruch.

Schwer zu ertragen ist für eines Mannes Ragen
Ein Weib, das niemals weiß, wieviel die Uhr geschlagen;
Er hat zu rechter Zeit nicht Früh- noch Abendbrot
Und Ordnung fehlt der Welt, weil sie ihm fehlt zu Haus.
Fr. Küdert.

Praktische Küchentechniken.

Frischbackenes Brot läßt sich gut zu kleinen Stücken schneiden, wenn man das Brotmesser ziemlich stark erwärmt. — Bratheringe schmecken vorzüglich, wenn man die saubere gereinigten grünen Heringe einige Stunden einlegt, gut abtrocknet und ohne jede weitere Zutat in einer glühend heißen Bratpfanne röstet. — Bratwürste plagen nicht beim Braten, wenn man sie kurz vorher blitschnell in heißes Wasser taucht und in Mehl trocken wälzt. Sie werden schön braun und sehen wie glasiert aus, wenn man der Bratbutter eine Messerspitze Zucker beifügt und die Bratwürste erst hineinlegt, wenn die Butter gut braun geworden ist. — Eierkuchen und Omeletten werden durch Zusatz von geriebenen, in der Schale abgekochten Kartoffeln sehr locker und hoch. — Rudeleiste wird lockerer und ergiebiger, wenn man das Weize der Eier zu Schnee schlägt. — Milchreis wird bedeutend wohlschmeckender, wenn man ihn kurz vor dem Servieren mit dem steifgeschlagenen Schnee einiger Eiweiße durchschlägt. — Rührei verliert den vielen Menschen unangenehmen zu weichen Geschmack durch Zusatz von geriebenem Parmesan, eine Messerspitze auf ein Ei gerechnet. Es wird durch diesen Zusatz auch viel lockerer und ergiebiger. — Rinderbraten schmeckt sehr pikant, wenn man das Fleisch am Abend vorher ringsherum etwa messerrückendick mit seinem Speisefett bestreicht. Der Saft zieht über Nacht ein, macht die Fleischsaft mürbe und gibt kräftigen Geschmack. Wi-Ha.

Koch-Rezepte.

Kabeljauknitten mit Tomatensoße. (Für 4 Personen.) Zutaten: 4 Kabeljauknitten, 30 Gr. Bratfett, Salz, Zitronensaft, ¼ Liter Tomatenbrei, 50 Gr. Butter, 50 Gr. Mehl, ¼ Liter Fleischbrühe aus 1 Maggi's Fleischbrühwürfel, gewiegte Petersilie. Zubereitung: Die Kabeljauknitten werden mit Salz bestreut, mit etwas Zitronensaft leicht beträufelt und dann rasch im heißen Bratfett kurz von beiden Seiten angebraten. Inzwischen macht man aus der Butter und dem Mehl eine helle Mehlschwitze, kocht mit der Fleischbrühe unter Rühren eine gebundene Soße und fügt den Tomatenbrei zu. Die Soße wird zuletzt mit gewiegter Petersilie abgeschmeckt und die aus dem Bratfett genommenen Kabeljauknitten darin solange durchgeschmort, bis sie gar sind. Man richtet die Fischcheiben mit der Soße überfüllt an und umgibt das Gericht mit einem Rand von Kartoffelbrei.

Rote Rübensuppe. Man nimmt dazu einige in Essig eingelegte Rübenscheiben, läßt sie abtropfen und schneidet sie in Würfel. Mit etwas Mehl und Fett wird eine dunkle Mehlschwitze bereitet, die man mit Wasser, einem Brühwürfel und etwas Salz nachfüllt. Dann gießt man von dem Rübenessig zu, schmeckt mit Zucker ab und rührt zu der Tunkte schließlich noch einen Löffel voll Milch.

Praktische Winke

Beim Kochen auf Gas

Ist auf die richtige Regulierung der Flamme zu achten. Oftmals läßt man die Flamme an den Seiten des Topfes emporzüngeln, in der Meinung, daß dann ein schnelleres Kochen erzielt wird. Dies trifft aber nicht zu. Man hat nur unnötigen Gasverbrauch, da die meiste Wärme an den Seiten wirkungslos aufsteigt. Richtig ist die Flamme eingestellt, wenn sie den Boden bis auf etwa 3 bis 4 Zentimeter vom äußeren Rand entfernt umspült. Töpfe, die so groß sind, daß bei voller Flamme der Topfrand auf die genannte Entfernung von 3 bis 4 Zentimetern nicht erreicht wird, sind zum Kochen ungeeignet, da der Boden zu groß ist, und infolgedessen nicht hinreichend von der vorhandenen Flamme erwärmt werden kann. Die Töpfe sind zwecks Gasersparnis immer mit Deckeln zu versehen. Wi-Ha.

Schwer entflammbare Gardinen

erhält man, wenn der Stärke bosphosphor- oder schwefel-saure Ammoniaksalze zugefügt werden. Die so behandelten Gardinen sind zwar nicht vollkommen feuerfester, aber sie sind nicht entflammbar, sondern glimmen nur bei Berührung mit Feuer. Dies ist aber zur Verhütung von Zimmerbränden schon überaus wertvoll. Die meisten Brände entstehen ja durch die leicht entflammbaren Gardinen. Auch andere Stoffe kann man mit den betreffenden Salzen imprägnieren, um sie weniger feuergefährlich zu machen. Auf 250 Gramm Stärke kommen etwa 125 Gramm wolfram-saures Natrium und 80 Gramm Borax. Man darf die Stoffe, die mit dieser Stärke imprägniert sind, nicht so heiß bügeln, wie dies sonst üblich ist. Wi-Ha.